

Berlin Aktuell**Die Woche im Bundestag**

17.12.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

kaum ein anderes Land hat von der Europäischen Union so profitiert wie Deutschland. Wiedervereinigung, wirtschaftliche Prosperität, Aussöhnung mit den Nachbarländern; all das wäre ohne die Europäische Union nicht möglich gewesen. Und in der Welt von heute werden selbst die Stimmen großer Staaten wie Deutschland und Frankreich kaum mehr wahrgenommen. Ohne die EU gäbe es in einer globalisierten Welt keine wirksame Vertretung europäischer, aber auch nicht deutscher Interessen. Und noch immer ist die Europäische Union Deutschlands wichtigster Absatzmarkt. All dies wird bei der gegenwärtigen Diskussion über den Euro gerne vergessen. Gegenwärtig sorgt die Bundesregierung dafür, dass der Euro eine stabile und weltweit anerkannte Währung bleibt. Die Koalitionsfraktionen unterstützen sie dabei, dass es gelingt, den Euro nachhaltig zu stabilisieren. Die Eurozone ist stabiler, als es scheint. Aber nur Stabilität und nachhaltiges Wirtschaften in allen Euro-Ländern schützen vor Spekulation. Eine nachhaltige Haushalts- und Wirtschaftspolitik ist das Gebot der Stunde. Eurobonds und eine Transferunion lehnen CDU und CSU strikt ab. Deutschland leistet solidarische Hilfe, wo es nötig ist. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Im Euroraum muss eine Stabilitätskultur ausgebaut werden, statt sie abzuschwächen, wie Rot-Grün es getan und dabei Glaubwürdigkeit in Sachen Stabilität verspielt hat. Zentraler Punkt für die Stabilitätskultur ist der neue Krisenmechanismus (Europäischer Stabilitätsmechanismus ESM). Deutschland und andere EU-Länder streben dafür eine begrenzte Änderung des EU-Reformvertrages von Lissabon an. Ein dauerhafter Krisenmechanismus für die Euro-Zone soll ab 2013 den sogenannten Euro-Rettungsschirm ablösen. Vor dem Treffen der 27 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 16. und 17. Dezember in Brüssel erläuterte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag, dass diese Vertragsänderung in den Mitgliedsstaaten spätestens bis zum Ende 2012 abgeschlossen werden solle. Angela Merkel bezeichnete die Europäische Union als

Verantwortungsgemeinschaft. „Europa gelingt gemeinsam, Europa gelingt nur gemeinsam“, betonte sie in ihrer Regierungserklärung. Die Europäische Union habe die Euro-Krise bislang gut gemeistert, stellte die Kanzlerin fest. Alle Akteure in Europa hätten mutig abgestimmt und entschlossen gehandelt. „Der Euro hat sich als krisenfest bewährt“, sagte sie. Deutschland profitiere ganz besonders von der Gemeinschaftswährung. Eine Inanspruchnahme des ständigen Rettungsfonds werde an „strikte Auflagen“ geknüpft, sagte Merkel weiter. Hilfen sollen nur nach einem einstimmigen Beschluss gewährt werden. Die Bundeskanzlerin lehnte die Einführung von Euro-Bonds ab. Gemeinsame Euro-Anleihen seien keine Lösung für die Probleme der Euro-Zone, sagte die Kanzlerin. Nötig seien hingegen eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und eine Verbesserung der Haushaltslage als „zwei Seiten der gleichen Medaille“. „Die grandiose Friedens- und Freiheitsidee der europäischen Einigung“ sei der eigentliche Grund des Handelns. Dies dürfe bei allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht vergessen werden, sagte Merkel. Dies sei das Vermächtnis, das heutigen und künftigen politischen Generationen hinterlassen worden sei. „Diesem Vermächtnis fühle ich mich ganz persönlich verpflichtet“, sagte Merkel. Auch Volker Kauder erinnerte in seiner Rede an die lange europäische Friedensgeschichte. „Deutschland ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft“, mit diesem Satz hätten CDU und CSU in vielen Europa-Wahlkämpfen für die europäische Einigung geworben und damit gezeigt, dass die Union keinen Zweifel an Europa habe. Alle großen Entscheidungen in Deutschland seien mit der europäischen Einigungsidee verbunden. Für das, was die Bundesregierung für den Euro in den letzten Wochen und Monaten geleistet habe, dankte er der Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

Kabinettsbeschluss zur Bundeswehrreform

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche die Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 beschlossen. Meine Meinung zu diesem Thema habe ich in

Berlin Aktuell**Die Woche im Bundestag**

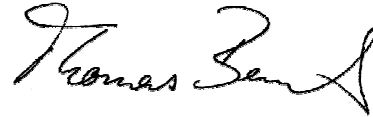
17.12.2010

den vorangegangenen Newsletter mehrfach kundgetan. Der beschlossene künftige Gesamtumfang der Bundeswehr ist auf bis zu 185.000 Soldaten festgelegt. Die 170.000 Zeit- und Berufssoldaten ermöglichen der Bundeswehr die Beibehaltung eines breiten Fähigkeitsspektrums. Die Botschaft, die von dieser Entscheidung ausgeht, ist klar: Deutschland bleibt ein verlässlicher Bündnispartner mit starken Streitkräften. Die Bundeswehr hat nun die notwendige Planungssicherheit, um die Reform anzupacken. Verteidigungsminister zu Guttenberg verdient höchsten Respekt. Es ist seinem Engagement und seiner Entscheidungskraft zu verdanken, dass die grundlegendste Reform in der Geschichte der Bundeswehr gelingen kann. Es gilt jetzt, im Parlament die gesetzlichen Grundlagen zügig zu ändern und den Beschluss finanziell so zu untermauern, dass die Reform erfolgreich umgesetzt werden kann.

Koalition beschließt Steuervereinfachungen

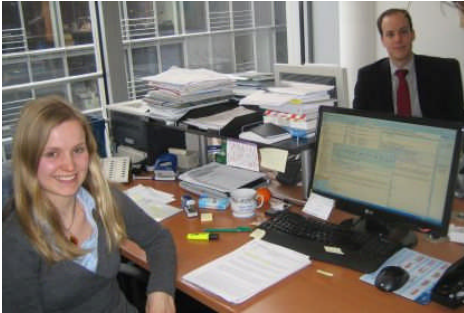
Mit dem geplanten „Steuervereinfachungsgesetz 2011“ und den darin enthaltenen rund 40 Maßnahmen wird das Steuerdickicht ein Stück weit gelichtet. So wird vor allem die Steuererklärung für Arbeitnehmer und für Familien mit Kindern sichtbar erleichtert und gleichzeitig eine direkte Steuerersparnis in Höhe von knapp 600 Millionen Euro bewirkt. Mit der Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages von derzeit 920 Euro auf 1.000 Euro wird für rund 22 Millionen Arbeitnehmer das Erfordernis, Belege vorzulegen, deutlich reduziert und gleichzeitig eine Entlastung von über 300 Millionen Euro erreicht. Auch die Unternehmen werden durch Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Steuerrechts indirekt in einem Umfang von circa vier Milliarden Euro entlastet. Hinzu kommen weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Einkommensteuerrechts, beispielsweise durch die Möglichkeit, die Einkommensteuererklärung wahlweise nur alle zwei Jahre abzugeben. Damit löst die christlich-liberale Koalition ein weiteres Wahlversprechen für diese Legislaturperiode ein. Steuerklärungen können zukünftig einfacher und schneller erledigt werden.

Herzliche Grüße
Ihr




**Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie
ein besinnliches und friedvolles
Weihnachtsfest!**

**Viel Glück, Erfolg und Gottes Segen
für das Jahr 2011.**

Kurz notiert ! kurz notiert ! kurz notiert !**Neue Teammitglieder Dr. Swantje Rendfordt und Josef Schützeichel**

Seit Mitte November ist Dr. Swantje Rendfordt neu im Team von Thomas Bareiß. Frau Dr. Rendfordt

ist zuständig für die Unterstützung im Bereich Energiekoordination sowie für die inhaltliche Vorbereitung im gesamten energiepolitischen Bereich. Aufgrund einer beruflichen Veränderung von Götz Schneider, der seit April 2008 im Bundestagsbüro von Thomas Bareiß tätig war und sich ab Januar neue Herausforderung in der Wirtschaft stellt, übernimmt Josef Schützeichel seine Aufgaben.

Kerstin Schmidt absolviert Praktikum im Bundestagsbüro von Thomas Bareiß

Die 21-jährige Kerstin Schmidt aus Wald nutzte nach einem einjährigen USA-Aufenthalt die Zeit vor Beginn des Studiums für eine zwei-monatiges Praktikum im Berliner Abgeordnetenbüro von Thomas Bareiß. Sie besuchte Fraktionssitzungen, Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen sowie einige Plenardebatten. Darüberhinaus arbeitete sie im Büro mit und lernte so die politischen Abläufe aber auch den Arbeitsalltag eines Abgeordneten kennen.

Darüberhinaus arbeitete sie im Büro mit und lernte so die politischen Abläufe aber auch den Arbeitsalltag eines Abgeordneten kennen.

Termine (Auswahl)**Freitag, 17. Dezember**

19:00 Uhr Weihnachtsfeier des CDU-Kreisausschusses Sigmaringen

Samstag, 18. Dezember

17:00 Uhr Waldweihnacht in Meßstetten

19:00 Uhr Weihnachtsfeier der Jungen Union Zollernalb, Albstadt-Burgfelden

Montag, 20. Dezember

14:00 Uhr Besuch des Progymnasiums in Albstadt-Tailfingen und Gespräch mit Schülern

Donnerstag, 23. Dezember

14:00 Uhr Besuch des Polizeireviere im Zollernalbkreis

Sonntag, 2. Januar

18:00 Uhr Neujahrsempfang der Stadt Sigmaringen

Freitag, 7. Januar

19:00 Uhr Verabschiedung des Bürgermeisters Georg Maier und Amtseinführung von Josef Ungermann, Obernheim

Samstag, 8. Januar

17:00 Uhr Neujahrsempfang der Garnison und der Gemeinde Stetten a.k.M.

17. Januar – 21. Januar

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag

**Bundesverteidigungsminister
Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg
zu Besuch in Straßberg am
03. März 2011 um 09.30 Uhr**